

und Werbung sowie die Besetzung der Beratungsstellen durch freiwillige Helfer zu erörtern.

Es folgten mit den zuständigen Stadt- und Gemeindeverwaltungen Besprechungen, die durch den Kreisstellenleiter Kuttruf geführt wurden. In den Städten Germersheim und Kandel sowie in der Gemeinde Bellheim stellten die Bürgermeister Räume zur Verfügung oder kamen für die Kosten angemieteter Räume auf.

Die Beratungsstellen wurden mit Vordrucken, Aufklärungsschriften und Broschüren ausgestattet und zusätzlich mit Schaumaterial versehen. Durch gute Zusammenarbeit der Helfer gelang es, in relativ kurzer Zeit drei Beratungsstellen einzurichten und sie täglich 4 bis 5 Stunden für Ratsuchende geöffnet zu halten.

Die Bevölkerung wurde mehrfach über die Tagespresse auf die Möglichkeit dieser Selbstschutzberatung hingewiesen. Außerdem erschienen Plakate des BLSV an Schaufenstern und Anschlagtafeln.

NORDRHEIN-WESTFALEN

Gesellschaft für Wehrkunde bietet Mitarbeit an

Die Landesstelle hatte die Sektionsleiter der Gesellschaft für Wehrkunde im Wehrbereich III Anfang März zu einer Sondertagung in die Landesschule Schloß Körtlinghausen eingeladen. Das Präsidium der Gesellschaft für Wehrkunde in München entsandte zu dieser Tagung ihren Hauptgeschäftsführer, General a. D. von Hellermann, da beabsichtigt ist, auch in den übrigen Landesbereichen Sondertagungen nach dem Muster Körtlinghausen durchzuführen.

Als Gäste konnten begrüßt werden: Oberkreisdirektor Schlamann, Lippstadt, und Major Diestler als Beauftragter des General Pape vom Wehrbereich III.

Nach der Begrüßung und Einführung durch Dr. Kutscha von der Landesstelle nahm der Landesbeauftragte der Gesellschaft für Wehrkunde NRW, General a. D. Engel, das Wort. Er erklärte u. a., Ziel dieser Tagung sei, neben einer umfangreichen Informierung über das vielschichtige Gebiet des zivilen Bevölkerungsschutzes mit den Schwerpunkten Selbstschutz und Bundesluftschutzverband, das Zustandekommen einer gegenseitigen Vereinbarung, in welcher Weise die Gesellschaft für Wehrkunde dem BLSV Unterstützung für seine schwere Aufgabe geben könne. Aktive Verteidigung, territoriale Verteidigung und ziviler Bevölkerungsschutz müßten eng zusammenarbeiten. Nur so sei zu erreichen, daß uns die Freiheit erhalten bleibe. General Engel wies darauf hin, daß einzelne Sektionen schon seit geraumer Zeit enge Kontakte zum BLSV hätten und daß nach der Arbeitstagung in Niederbierenbach, auf der die Landesstelle einen Sprecher zum Thema ziviler Bevölkerungsschutz stellte, weitere Verbindungen geknüpft worden seien. Er sei der festen Überzeugung, daß nach dieser Tagung in allen Sektionen die gemeinsame Arbeit aufgenommen werde.

Der Themenkreis der Referate war vielseitig und umfangreich. Alle Vorträge fanden gute Aufnahme und brachten den Referenten Dank und Anerkennung. Landesstellenleiter Kettler gab einen Überblick über die Entwicklung im zivilen Bevölkerungsschutz und über die Schwierigkeiten unterschiedlicher Natur im Bereich des Aufbaues des Selbstschutzes. Er begrüßte die Bereitschaft der Gesellschaft für Wehrkunde, den BLSV zu unterstützen, als eine Hilfe, die dankbar angenommen werde.

In einer abschließenden Aussprache wurden Festlegungen getroffen, in welcher Weise auf Landes- und Ortsebene gemeinsam das Anliegen Selbstschutz vorangebracht werden kann. Am Ende der Tagung

Beim „Appell der Deichwacht“. — Von links nach rechts: Senator Schmidt, Landesstellenleiter Jörn, Bezirksamtslfr. Mohr.



HAMBURG

Die Hansestadt gedachte der Flutopfer

Hamburgs Bürgerschaft nahm regen Anteil an dem vom Senat der Freien und Hansestadt Hamburg für die Flutopfer des letzten Jahres veranstalteten Gedenkfeiern. In allen Teilen der Stadt fanden Gottesdienste statt, und an den Stätten, wo der Tod besonders viele Opfer geholt hatte, wurden Kränze niedergelegt.

In der Friedrich-Ebert-Halle in Hamburg-Harburg vereinigte sich die Bevölkerung zu einer Feierstunde zu Ehren der Flutopfer.

Die beste Ehrung der Opfer ist aber nach wie vor die Tat. Senator Schmidt hatte zu dieser Feier aufgerufen, um gleichzeitig einen Appell an die Bevölkerung Hamburgs zu richten, sich der aufgestellten „Deichverteidigung“ zur Verfügung zu stellen. Eine erneut auftretende Katastrophe soll so rechtzeitig erkannt werden, daß auf jeden Fall Verluste an Menschenleben nicht mehr eintreten können. Senator Schmidt führte aus, daß bisher rund 50 km Deiche instand gesetzt und neue Deiche geschaffen worden seien. Hierfür und für die Flutgeschädigten habe Hamburg bisher rund 50 Millionen DM aufgewandt. Man werde aber mit teilweiser Hilfe des Bundes noch 250 Millionen DM nötig haben, um den Hochwasserschutz so auszubauen, daß nach menschlichem Ermessen nichts mehr geschehen könne. Er hoffe, daß die Arbeiten bis Ende 1965 oder Anfang 1966 beendet sein werden.

Bis dahin heiße es natürlich, auf der Hut zu sein. Er dankte dem Bundesluftschutzverband, daß er es übernommen habe, die Deichwacht aufzubauen und zu organisieren, denn ohne den Bundesluftschutzver-

band sei ein wirksamer Deichschutz heute nicht mehr denkbar, nachdem der BLSV auch in der Flutkatastrophe die große Aufgabe gemeistert habe, die Tausenden sich zur Verfügung stellenden Fluthelfer zu lenken und wirksam einzusetzen.

Zum Thema „Luftschutz“ sagte der Senator, daß es einen organisierten Selbstschutz geben müsse. Wäre in den schweren Tagen im Jahre 1943 kein organisierter Luftschutz vorhanden gewesen, wären wahrscheinlich nicht 40 000, sondern 90 000 Hamburger umgekommen. Das möge eine Mahnung sein für alle, die da glaubten, auf jeglichen Bevölkerungsschutz verzichten zu können.

Das Musikkorps 6 der Bundeswehr unter Leitung des Hauptmanns Herzberg umrahmte die Feier mit festlicher Musik.

Weitere Gedenkfeiern fanden am Flutopfer-Ehrenmal in Ohlsdorf, in Waltershof, in Moorburg und in Wilhelmsburg statt. In Wilhelmsburg soll nach dem Willen des Bezirksamtsleiters Mohr ein Mahnmal errichtet werden. Es soll der Mahnung der Toten, die Gewalten der Natur nicht zu vergessen, sichtbaren Ausdruck verleihen.

In ganz Hamburg schuf die Flutkatastrophe ein festes Band. Innensenator Schmidt drückte dies der „Gruppe Deichverteidigung“ gegenüber aus in dem Mahnruf: „Menschliche Not braucht menschliche Hilfe.“

Nach diesem Leitsatz ist der Bundesluftschutzverband vor über zehn Jahren ins Leben gerufen worden. In Hamburg hat er es bewiesen und beweist es täglich durch seine ständige Einsatzbereitschaft.

bedankte sich General Engel für die so vorbildliche Organisation der Tagung, die ausgezeichneten Referate und die lobenswerte Unterbringung in einem Hause, das in jeder Hinsicht eine behagliche Atmosphäre schaffe. Er begrüßte die Bereitschaft der Landesstelle, noch in diesem Jahr eine zweite Tagung durchzuführen, auf welcher er hoffe, einen positiven Bericht über die gemeinsame Arbeit BLSV-Gesellschaft für Wehrkunde geben zu können.

HESSEN

Wiesbaden erhält Prebluffsirenen

Zum zweiten Male wurde in Hessens Landeshauptstadt ein Probealarm der Warnanlagen durchgeführt. Gegenüber der ersten Probe konnten einige Verbesserungen festgestellt werden. Bemerkenswert war, daß die Warnsignale in geschlossenen Räumen, die gegen den Straßenverkehr abgeschirmt waren, besser gehört wurden als im Freien. Die Ortsstelle Wiesbaden hatte während des Probealarms im Zentrum der Stadt, auf dem

Luisenplatz, den Filmwagen der Landesstelle aufgestellt. Als die Warnsignale ausgelöst wurden, tobte eine heftige Windbö über den Platz, so daß hier, in Verbindung mit dem starken Verkehrslärm, die Warnsignale nicht klar unterschieden werden konnten.

Wiesbaden verfügt z. Z. über 108 elektrische Luftschutzsirenen. Als erste hessische Stadt wird sie noch in diesem Jahre drei neuentwickelte Prebluff-Alarmsirenen erhalten, die das gesamte Stadtgebiet über tönen und auch bei stärkstem Verkehrslärm gut zu hören sein werden.

Plakatwerbung in Geschäften

Der Versuch der Ortsstelle Wiesbaden, eine Plakataktion in Wiesbadener Geschäften durchzuführen, ist auf fruchtbaren Boden gefallen. Von den 500 angesprochenen Geschäftsinhabern, darunter Lebensmittelgeschäfte, Bäckereien, Waren- und Kaufhäuser sowie Apotheken, hat nur ein verschwindend geringer Teil die Übernahme des Plakates, und zwar aus paritätischen Gründen, abgelehnt. Die Plakate werden auch in den Postämtern ausgehängt.